

Joachim Schuster

Ihr Europaabgeordneter



Bericht aus Brüssel

19.6.2015

Editorial

Letzte Woche in Straßburg konnte keine Resolution mit den Anforderungen des Parlaments an TTIP verabschiedet werden. Warum? In vielen wichtigen Punkten war zuvor im Handelsausschuss mit großer Mehrheit Einigkeit erzielt worden. Dazu gehörten etwa die Forderung an die USA, die ILO-Kernarbeitsnormen zu unterzeichnen, die Forderung eines Streitbeilegungsmechanismus bei Verletzung der Arbeitnehmerrechte, der Ausschluss der Daseinsvorsorge aus dem Abkommen, die Benennung der Dienstleistungen, die unter das Abkommen fallen sollen, in einer Positivliste sowie die Sicherung der Parlamentsrechte im Falle einer Kooperation in Regulierungsfragen.

Strittig blieben der Investorenschutz und der diesbezügliche Streitbeilegungsmechanismus. Hier soll ein neuartiges Gericht zwischen den USA und der EU aufgebaut werden, mit unabhängigen Richtern, einer Revisionsinstanz und einer engen Rechtsgrundlage, damit ausschließlich die Diskriminierung ausländischer Investoren gegenüber Inländern Klagegegenstand werden kann. Damit wären Klagen von Unternehmen gegen unliebsame Regulierungen der Staaten ausgeschlossen. Die Konservativen wollten aber auf keinen Fall klarstellen, dass damit private Schiedsgerichte à la ISDS vom Tisch sind, um sich eine Hintertür für den Verhandlungsverlauf offen zu halten.

Durch diesen Konflikt im Handelsausschuss war unklar, ob sich eine Mehrheit für einen Beschluss im EU-Plenum finden würde. Wir Sozialdemokraten wollen auf jeden Fall eine klare Absage an ISDS in die finale Resolution integrieren. Mit der Rücküberweisung in den Handelsausschuss ist nun ein wenig Zeit gewonnen. Ob dies zu einer positiven Klärung beiträgt, bleibt abzuwarten.

CETA, TISA, TTIP: Transatlantische Handelsabkommen

Die „Universität der 3. Generation“ der AWO Bremen und der DGB Bremen-Elbe-Weser haben gemeinsam zu einer Veranstaltung über die transatlantischen Freihandelsabkommen eingeladen. Am **Donnerstag, 25. Juni, um 17 Uhr** werde ich im Tivolisaal des Gewerkschaftshauses am Bahnhofplatz 22-28 einen Bericht zum Thema aus der politischen Praxis des EU-Parlaments geben. Ich freue mich auf interessierte BesucherInnen und viele Fragen zu diesen heiß diskutierten Freihandelsabkommen.



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Kontakt

Abgeordnetenbüro Bremen, Obernstraße 39-43, 28195 Bremen

E-Mail: info@joachim-schuster.eu; Web: www.joachim-schuster.eu

Extreme Rechte im Europaparlament bilden eigene Fraktion

Nach dem großen Erfolg des Front national bei den letzten Europawahlen in Frankreich hat es Marine Le Pen jetzt im zweiten Anlauf geschafft, eine Fraktion der extremen Rechten im Europaparlament zu gründen. Hinter dem Namens-Deckmantel "Europa der Nationen und der Freiheiten" verbergen sich knallharte Rechtspopulisten um Le Pens Front national, die PVV von Geert Wilders aus den Niederlanden, die Haider-Partei FPÖ aus Österreich, die Lega Nord aus Italien, den Kongress der neuen Rechten aus Polen, die Belgische Vlaams Belang sowie eine Abgeordnete, die aus der britischen UKIP ausgeschlossen wurde. Die Gründung einer Fraktion bedeutet eine deutliche Stärkung der rechtspopulistischen Politik in Europa. Neben besseren Möglichkeiten wichtige Positionen, Dossiers im Parlament und mehr Redezeit im Plenum zu bekommen gibt es auch einen Geldsegen, der sich laut einer Studie des Think Tanks „Open Europe“ auf rund 17,5 Millionen Euro in dieser Legislaturperiode summieren könnte. Den extremen Rechten werden wir mit einer Investitions- und Wachstumspolitik entgegentreten, die die Förderung nachhaltigen Wachstums mit sozialer Gerechtigkeit und europäischer Solidarität verbindet.

Fairer Handel braucht einen europäischen Rahmen

Als Bremen "Hauptstadt des Fairen Handels" 2013 wurde, war klar: Fairer Handel muss auch auf europäischer Ebene gestärkt werden. Deshalb lud die Bremer EU-Landesvertretung jetzt zu einer Podiumsdiskussion ein. Mit Cécile Billaux, Mitglied des Kabinetts der Handelskommissarin Cecilia Malmström, Barbara Duden, Vizepräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, und Vertretern der NGOs aus Gent und Göteborg diskutierten wir Strategien zur Förderung des Fairen Handels in der EU. Gute Beispiele auf lokaler und regionaler Ebene sind da - sie brauchen einen europäischen Rahmen. Darüber hinaus wollen wir nachhaltige Entwicklung und Fair Trade zum festen Bestandteil europäischer Handelspolitik machen. Nur so ist eine echte, langfristige Verbesserung der Situation vor Ort, etwa in Afrika, erreichbar.



Für nachhaltige Freihandelsabkommen mit afrikanischen Staaten



Zur Veranstaltung „Freihandelsabkommen der EU mit den Afrikanischen Staaten – Fluch oder Segen?“ kamen viele Interessierte in den EuropaPunkt. Mit Professor Karl Wohl-muth vom Institut für Weltwirtschaft und Internationales Management der Uni Bremen diskutierte ich über die Ausgestaltung des Freihandels mit Afrika. Wir waren uns einig, dass durch die Abkommen eine nachhaltige Entwicklung in

Afrika gefördert werden soll. Wichtig sind neben wirtschaftlichen auch ökologische und soziale Aspekte. Wir brauchen faire Partnerschaften, deren Regeln auch Kleinindustrie und Landwirtschaft unterstützen, etwa durch die besondere Förderung von fairem Handel. Durch die Schaffung von mehr Handel und Wohlstand sowie die Hilfe beim weiteren Aufbau von Industrie vor Ort können auch Fluchtursachen bekämpft werden. In Afrika gilt es zudem demokratische Strukturen dadurch zu fördern, dass nicht nur mit Regierungschefs gesprochen wird, sondern auch die Zivilgesellschaft und Parlamentarier an den Gesprächen beteiligt werden. Ich setze mich im Handelsausschuss für faire und nachhaltige Entwicklungs- und Partnerschaftsabkommen mit den afrikanischen Ländern ein.